An die Parteilosen.

Für wen sollen die Parteilosen stimmen?

Ein Brief Hans Delbrücks.

Professor Dr. Hans Delbrück hat der demokratischen Parteileitung in Anbetracht dieser folgende Schreiben zur Veröffentlichung übersandt. Hans Delbrück, der früher bekanntlich den Freikonservativen angehörte, zählt sich jetzt zu keiner Partei. In den nachstehenden Erklärungen zeigt er allen, die wie er parteilos sind, wohin ihre Pflicht bei den Wahlen am 7. Dezember sie ruft.

Es gibt heute sehr viele deutsche Staatsbürger, die es ablehnen, einer Partei beizutreten, und auch ich gehöre zu diesen Parteilosen. Die patriotische Pflicht aber verlangt von uns bei der Reichstagswahl eine Entscheidung. Viele verkünden, man habe nur zu wählen zwischen rechts und links. Das ist eine Parteiauffassung, das Interesse Deutschlands ist es nicht, weder unter dem Gesichtspunkt der inneren, noch unter dem der auswärtigen Politik. Im Innern kann es nichts Verderblicheres geben als die Spaltung unseres Volkes in Bürgerblock und Arbeiterschaft. Um die Kräfte unseres Volkes zu möglichster Einheit zusammenzufassen, bedarf es auch der Parteien, die beitreten sind, zwischen den natürlichen sozialen Gegensätzen zu vermitteln. In der auswärtigen Politik kommt jetzt alles darauf an, das Dawes-Gutachten so weit durchzuführen, wie es praktisch möglich ist. Daß dieses Gutachten, so schwere Lasten es uns auferlegt, angenommen werden mußte, hat auch die Deutschnationale Partei anerkannt, indem sie die Hälfte der Fraktion anwies, dafür zu stimmen. Die Durchführung dieser Politik würde sehr erschwert werden, wenn ein Sieg der Rechten bei der Reichstagswahl die Deutschnationalen in die Regierung brächte, die durch ihr Verhalten bei der Abstimmung über das Dawes-Gutachten allgemeines Mißtrauen gegen sich erregt haben.

Wer auf keine Parteifahne eingeschworen ist und nur das Wohl Deutschlands im Auge hat, der kann bei der Wahl am 7. Dezember nichts Besseres tun, als seine Stimme für die Liste der Deutschen Demokratischen Partei abzugeben.

Berlin, 21. November 1924.

Professor Hans Delbrück.

Warum wählen wir eigentlich schon wieder zum Reichstag?

Man sollte es nicht für möglich halten, wie oft diese Frage gestellt wird! Und zwar nicht nur von Frauen, die keine Zeitungen lesen! Vergessen wir doch nicht so schnell, was geschehen ist!

Also: jeder merke sich diese Tatsachen! Die Deutschnationalen strebten in die Reichsregierung. Bescheiden waren sie gerade nicht, und taten auch nicht einmal so. Sie nahmen's auch nicht so genau mit der Auswahl ihrer Ministerkandidaten und prüften nicht danach, ob's auch nur „Ja-Sager" waren. Das war sehr eigenartig! Denn „Nein-Sager" konnten doch nicht gut in einer Regierung arbeiten, die innen und außen in ihren Schritten durch das Sachverständigen-Gutachten bestimmt war!

Nun hatten sie sich zwar die Hand darauf gegeben, die Deutsche und die Deutschnationale Volkspartei, daß zur Belohnung für das „Ja-Sagen" die Deutschnationalen in die Reichsregierung kommen sollten. Aber es ging halt doch nicht so einfach. Die bösen Sozialisten! Die bösen Demokraten! Also: Auflösung des Reichstages!

Wer nun aber mit diesen dürftigen Tatsachen nicht zufrieden ist, sondern zwischen die Dinge gucken möchte, dem sei noch folgendes gesagt:

Es müßten doch die um Hergt gar keinen Riecher haben, wenn sie nicht merkten, daß die Wiederaufbauarbeit im Vaterlande beginnt. Da muß man aber dabei sein; sonst hat man für lange Zeit einfach verspielt. Ja, solange nicht die Wiederaufbauarbeit, sondern die Schuttaufräumung nötig war, stand man besser daneben und kritisierte, wie die dummen Kärrner, d. h. die Regierungsparteien, sich im Schweiße ihres Angesichts plagten! Aber nun? Feste heran! Neue Zeit! Daß sie's in ihrer „neuen Zeit" auch nicht anders hätten machen können, als innen und außen die Wege der Verständigung zu gehen, sei nur nebenbei gesagt. Aber klar war's: Jetzt müssen wir mitmachen! So wurde verkündet: „Jetzt bekommen Wir den wesentlichsten Anteil an der Regierung. Mit uns geht die neue Zeit! Sammlung aller „nationalen" Elemente! Bürgerblock!"

Na, warten wir den siebenten Dezember ab! Es kommt manchmal anders, als man denkt! Wir haben nicht den mindesten Zweifel, daß die Vernunft siegt. Die Vernunft aber sagt: Nur auf dem Wege der Verständigung kann Deutschland gedeihen, — Verständigung nach innen und außen! Meint Ihr nicht auch? Das ist wahrhaft deutschnational!

Aber man muß noch ein bißchen tiefer zwischen den Zeilen lesen. Schließlich geht's doch gar nicht nur um die Beteiligung der Deutschnationalen an der Reichsregierung, sondern um eine viel schwerere Frage: Ob Deutschland wiederum regiert werden soll

durch das Großagrariertum,
die Schwerindustrie,
den Großhandel.

Unser Parteifreund Erkelenz hat recht, wenn er sagt:

„Es geht um die Wiedereinführung des wilhelminischen Untertanenstaates, der in den Krieg hineintorkelte und ihn torkelnd verlor.

Es handelt sich um die auf kaltem Wege einherschreitende Gegenrevolution, die vor Jahresfrist versuchte, auf revolutionärem Wege ans Ziel zu kommen, nun aber glaubt, sie werde auf legalem Wege erreichen, was sie haben will.

Es bildet sich der Block der Hochschutzzöllner für Getreide und Eisen.

Der Block der sozialen Reaktion drängt ans Licht. Die unteren Volksschichten sollen wieder von allem Einfluß ausgeschlossen werden.

Kurz gesagt: Alles, was durch das schwere Ersebnis des Krieges und dann durch die Revolution in Deutschland geändert wurde, soll beseitigt werden."

So! Das soll erst einmal genügen zur Beantwortung der Frage: Warum wählen wir eigentlich schon wieder zum Reichstag? Wer's verstanden hat, weiß auch, welche Liste er zu wählen hat,

Deutsch ist es: den Weg der Verständigung zu wählen unter den Volksgenossen.

National ist es: den Weg der Verständigung in der Außenpolitik zu gehen. Es gibt keinen anderen Weg!

Deutsch und national wählt, wer deutsch-demokratisch wählt!

War sie denn so schlecht?

Eine ernste Frage, die eine ernste Antwort von jedem ehrlichen Wähler fordert.

Jetzt habe ich wohl ein dutzendmal ein Gespräch gehabt, das immer ungefähr folgenden Verlauf nahm. „Der Wähler" sagte:

„Na, am 7. Dezember wird ja endlich diese Schandregierung abtreten! Höchste Zeit! Endlich werden wir doch einen Landtag mit bürgerlicher Mehrheit bekommen!"

„Erlauben Sie mal! Mir ist das gar nicht sicher. Aber davon abgesehen: Warum nennen Sie denn diese Regierung eine „Schandregierung"?"

„Das ist doch klar: es sind doch nur „Rote" darin, und dann dieser Rönneburg, der ist nicht viel besser ist!"

„Da haben Sie recht! Drei Sozialdemokraten und ein Demokrat sind's. Und ein ganz verstirkter Kerl ist der Rönneburg. Stimmt! Aber weil Jasper, Steinbrecher und Grotewohl Sozialdemokraten sind und Rönneburg Demokrat, deshalb darf man sie doch noch nicht „Schandregierung" nennen! Man muß doch mal fragen, was sie geleistet haben!"

„Nun schlägt's aber siebzehn! Geleistet? Wie können die denn etwas leisten?! Und der Rönneburg, der Demokrat! Schon überhaupt mit Sozialisten in ein Ministerium zu gehen!"

„So, so! Passen Sie mal auf! Sie wählen doch Deutsche Volkspartei? Wissen Sie wohl, daß die Deutsche Volkspartei das völlig gebilligt hat, daß die Demokraten mit in die Regierung gingen? Der leider zu früh verstorbene Kaeser vor allen Dingen?"

„Ach nee? Wirklich? Kann ich mir gar nicht denken!"

„Doch, doch! Fragen Sie nur mal nach! Aber davon abgesehen! Haben denn die Leute nichts geleistet?"

„Nun gehen Sie mir aber! Denken Sie doch an die Inflation! Und keine Aufwertung! Und dann die Zwangsbewirtschaftung der Wohnungen. Wissen Sie, es ist ja eine Schande. Diese niedrigen Mieten. Ich bin doch Hausbesitzer . . ."

„Aber, Männeken! Daran konnte doch weder Jaspar noch Rönneburg etwas ändern. Das ist doch alles Reichssache! Und woher die Inflation kam, wollen wir lieber nicht . . ."

„Wenn auch! Es ist aber doch eine Schande! Und im Landtage sitzen dann die Rote, haben ihre hohen Diäten — und zu sechzig Mann! Und wir? 15 Prozent Hypothekenaufwertung!"

„Nun aber halt, Herr Piepenbrink! Wer hat denn schon im vorigen Jahre die Herabsetzung der Diäten auf die Hälfte und die sofortige Verminderung der Abgeordnetenzahl beantragt?"

„Ja, wo!! Das ist Spannuth gewesen!"

„Was Sie sagen? Spannuth? Der mit seinem Volksentscheid bis über beide Ohren hereingefallen ist? Der gesagt hat: „Es muß mal wieder was losi sein?" Nee, mein Vetter, die Demokraten sind's gewesen, die Herabsetzung der Diäten und die Verminderung der Abgeordnetenzahl beantragt haben, schon im vorigen Jahre! Und auch die Rechtsparteien haben dagegen gestimmt!"

„Ach, wirklich? Das habe ich gar nicht gewußt! Aber sehen Sie mal, unsere Finanzen sind doch unter dieser Regierung miserabel geworden!"

„Das ist ja großartig, Herr Piepenbrink! Wenn Sie Ihre eigenen Finanzen meinen, — das kann ich ja nicht wissen, wie's damit steht! Aber die Finanzlage des Landes? Da sind Sie ja vollständig schief gewickelt, wenn Sie denken, die wäre unter der jetzigen Regierung schlecht geworden! Da fragen Sie nur mal Dedekind, Wessel oder wen Sie sonst wollen! Die haben's erklärt: die Führung in unseren Finanzen ist mustergültig gewesen! Braunschweig hat in der Inflationszeit keinen Pfennig Schulden gemacht, sondern verschiedentlich geringe Ueberschüsse erzielt. Ist das „Mißwirtschaft" einer ??? Regierung?"

„Wenn das man stimmt! Da will ich doch Wessels oder Steigertahl mal fragen! Nun kommt aber die Beamtenfrage! Lauter sozialistische und demokratische Beamte eingestellt — und was für welche! Ich danke! Wenn das keine Mißwirtschaft ist!"

„Piepenbrink! Piepenbrink! Sie blamieren sich ja immer noch mehr! Wissen Sie, wieviel höhere Beamte wir im Freistaat haben? Zirka 500! Darunter sind etwa ein Dutzend Sozialdemokraten und Demokraten, schätze ich! Und nun denken Sie mal an die „gute alte Zeit"! Hätte da ein Beamter, der die Monarchie bekämpfte, in eine höhere Beamtenstellung kommen können? Und jetzt soll die Republik nicht das Recht und die Pflicht haben, die sogenannten politischen Beamtenstellen mit Republikanern zu besetzen, wo's doch ein öffentliches Geheimnis ist, daß die Mehrzahl der höheren Beamten am liebsten Ernst Augusten und die Monarchie wieder haben möchte! Nun seien Sie man ganz stille! Wenn das „Mißwirtschaft" ist . . ."

„Na, ja, Sie haben gut reden! Wenn wir nur noch über die Steuern reden könnten! Aber ich habe keine Zeit. Ich muß zum Wohnungsamt . . ."

„Na, denn adjüs, Herr Piepenbrink! Ueber die Steuerpolitik der „Schandregierung" reden wir miteinander, wenn wir uns wieder treffen. Aber das eine müssen Sie mir schnell noch zugeben: Alles, was Sie angeführt haben über die Mißwirtschaft unserer Regierung war ziemlich knatteriges Blech!"

„Erlauben Sie mal!" — — —

„Doch, doch! Es stimmt schon! Bei Lichte besehen, war die Regierung gar nicht so schlecht! Auf Wiedersehen, Herr Piepenbrink!"

Beamtenfreundlichkeit vor und nach den Wahlen.

Wenn die deutsche Beamtenschaft aus dem Zustande wirtschaftlicher Not nicht herauskommt, wenn sie immer noch vergeblich auf ein neuzeitliches Beamtenrecht wartet, wenn ihr das Beamtenvertretungsgesetz weiterhin vorenthalten wird, dann weiß sie, daß an alle dem in erster Linie die Kreise der Reaktion schuld sind. Vor allem ist es die von der Großindustrie — ihre Vertreter sitzen bekanntlich in den Rechtsparteien — abhängige und finanzierte Presse, die die heftigsten Fehden gegen die Beamtenschaft und ihre Interessen geführt hat und noch heute führt. Die unendlich oft hat jene Presse von „Miesengehältern" gesprochen, wie oft hat sie daran geredet, daß zuviel Beamte da seien! (Folge: Beamtenabbau.) Um die Rechtsparteien Stimmen zu werben, werden auch jetzt wieder die größten Gefahren heraufbeschworen. Sie weiß eben, daß nur solche Beamte für die Rechtsparteien zu gewinnen sind, die ihres alten Herrenstandpunktes wegen den alten Obrigkeitsstaat zurückwünschen, daß aber die Beamten der mittleren und unteren Gruppen von jenen Parteien abgerückt sind. Darum nimmt sie auch gar kein Blatt vor den Mund, sie backt auf der Beamtenschaft herum, um mehr Anhänger aus den Kreisen der Nichtbeamten für sich zu gewinnen.

So lesen wir beispielsweise in den „Neuesten Nachrichten Braunschweig", in einem Blatte, dessen „Beamtenfreundlichkeit" bereits sprichwörtlich geworden ist, am 22. November die mehr als kühne Behauptung:

daß die Zahl der Beamten um 80 Prozent, die der Steuerbeamten gar um 1000 Prozent (!) erhöht sei.

Offensichtlich sind das Zahlen, die wahllos aus der Luft gegriffen sind. Man verwirrt und täuscht das Volk, das dann wiederum erneuten Beamtenabbau fordern wird.

Solche und ähnliche Aeußerungen tauchen zurzeit wieder vermehrt in einer gewissen Presse auf. Wenn das aber schon vor den Wahlen geschieht, dann kann man sich ungefähr vorstellen, welche Forderungen die Rechtsparteien nach den Wahlen aufstellen werden. Es sei in diesem Zusammenhange an die „Errungenschaften" der vor kurzem in verschiedenen deutschen Ländern eingezogenen Rechtsregierungen erinnert, so z. B. an Mecklenburg und Thüringen, wo sich die Rechtsparteien anfänglich energisch dagegen wehrten, am 1. Juni eine Erhöhung der Beamtengehälter wie im Reiche vorzunehmen. Ja, jene Parteien in Thüringen haben im Gegenteil allen Ernstes von einem Abbau der Beamtengehälter gesprochen. Der volksparteiliche Finanzminister Solze fand dafür folgende eigenartige Begründung:

„Große nationale Erhebungen sind in der deutschen Geschichte immer geboren worden aus nationaler Not; und da hat die gegenwärtige wirtschaftliche Not breiter Volksmassen doch auch sein Gutes."

Unwillkürlich wird man dabei an das Jahr 1918 erinnert, als ein feudaler Herr im „Tage" schrieb, es sei die höchste Zeit, „daß die Beamten mit ihren unverschämten Forderungen endlich in die Schranken des Gehorsams zurückgestoßen würden". Und das war zu einer Zeit, als manche Beamtenfrau über dem letzten Stückchen Brot bittere Tränen vergoß . . .

Aus alledem erkennt man aber, wie die Beamtenfreundlichkeit jener Kreise in der Praxis aussieht. Haben diese erst einmal das Heft allein in der Hand, dann sagt vielleicht in der Beamtenschaft kein großes Jammern und Klagen ein, dann nämlich, wenn es zu spät ist. Die Beamten werden am 7. Dezember gut tun, die Partei zu wählen, die mit Nachdruck und Tätigkeit für die Wahrung der Beamtenbelange eingetreten ist, die ihre erste, echte Sorge um die Beamtenschaft u. a. dadurch dokumentiert hat, daß sie den Beamtenrechtsentwurf des Deutschen Beamtenbundes als Initiativgesetzentwurf im Reichstage eingebracht hat, und das ist:

Die Deutsche demokratische Partei, Liste Nr. 7.

Schwarzweißrot oder Schwarzrotgold?

Der demokratische General von Deimling schreibt in der „Frankfurter Zeitung": Zwei Wahlurnen werden am 7. Dezember vor dem deutschen Volke stehen. Die eine Wahlurne ist schwarzweißrot und trägt die Aufschrift: „Monarchie und Krieg". Die andere Wahlurne ist schwarzrotgoldi und trägt die Aufschrift: „Republik und Frieden". Wer lieber wieder stramm steht mit den Händen an der Hosennaht, wer will, daß die Zeiten Poincarés und der Ruhrbesetzung und der Inflation wieder heraufbeschworen werden und daß Deutschland in einen neuen Krieg hineingetrieben wird, dessen Schauplatz unser Vaterland sein wird — der tue seinen Stimmzettel in die schwarzweißrote Urne. Wer aber lieber „rührt" statt stillzustehen, wer will, daß unser Vaterland in friedlicher Arbeit im Zusammenwirken mit den anderen Völkern wieder aufgebaut wird, wer will, daß Reich und Rhein wieder frei werden — der lege seinen Stimmzettel in die schwarzrotgoldene Urne.

Parole-Ausgabe rechts!

Hergt, der Selbstlose, Hergt, der sich selbst opferte, hat in Augsburg die neue Parole der Deutschnationalen erfunden. Sie lautet, kurz, knapp und militärisch: „Rechts schwenkt, marsch!" Auf Grund dieser Parole müßte man den Deutschnationalen einen neuen Mobilisierungsplan geben —, wenn sich das deutsche Volk herbeiließe, in blindem Gehorsam und gedankenlos dem militärischen Kommando Hergts zu folgen. So stehen die Dinge aber nicht. Ja, selbst die eigenen Anhänger haben keine Lust, diesem Kommando zu folgen. Das Gespenst der deutschnationalen Wahlmüdigkeit — Hamburg und Anhalt bewiesen es — läßt sich durch Hergts Kommando „Rechts schwenkt, marsch!" nicht verscheuchen.

Aber gute Parolen sind eine feine Sache! Hergt ist groß darin! Man denke nur an seine nationalen Worte vor der Abstimmung über das Londoner Abkommen: „Ich möchte beinahe sagen: Hier stehe ich, ich kann nicht anders!" Welch edle Bescheidenheit liegt in diesem „beinahe"! Die 49 Ja-Sager der Deutschnationalen werden das bekräftigen! Und wieviel edler stände Luther da, wenn er sich nicht so mannhaft-bestimmt geäußert hätte, sondern gesagt hätte: „Beinahe kann ich nicht anders!"

Hoffentlich ist Hergts Vorrat an Parolen noch nicht erschöpft. Es könnten doch noch neue Situationen kommen! Wir sind überzeugt, mit einem großen Worte wird er auch ihrer Herr werden!!

(9)

Verlag der deutschen demokratischen Partei. Druck von H. Kiehe & Co.
Sämtlich in Braunschweig.

STADTARCHIV BRAUNSCHWEIG
Nr. 11 H XVII 9: 11 Reichstagswahl 1924